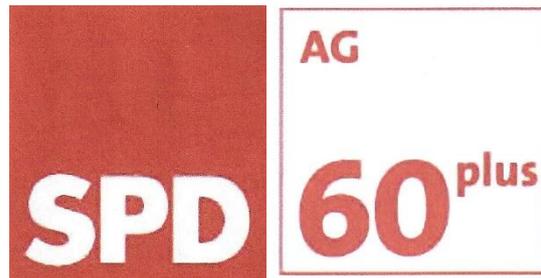


# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bezirk  
Braunschweig



Landesverband  
Sachsen-Anhalt

## *Bericht*

*über die gemeinsame Klausurtagung am 13. und 14. August 2018  
im „Hotel Haus Hessenkopf“, in Goslar, Hessenkopf 5*

---



## **Programm**

*der gemeinsamen Klausurtagung der AG 60 plus des Bezirks  
Braunschweig und des Landesverbandes Sachsen-Anhalt  
am 13. und 14. August 2018 im Haus Hessenkopf, Goslar*

---

### **Montag, 13. August 2018**

<i>bis 12:00 Uhr</i>	<i>Anreise und Einchecken</i>
<i>12:00 Uhr</i>	<i>Mittagessen</i>
<i>13:00 Uhr</i>	<i>Bernd Lange, MdEP: „Europa vor der Wahl“</i>
<i>15:30 Uhr</i>	<i>Kaffeepause</i>
<i>16:00 Uhr</i>	<i>Josef Albert Dütsch, Berater und Geschäftsbesorger im Gesundheitswesen in Sachsen-Anhalt: „Sozialdemokratische Wege aus dem Pflegenotstand“</i>
<i>18:00 Uhr</i>	<i>Abendessen</i>
<i>19:00 Uhr</i>	<i>Dr. Manuela Armenat „UNESCO- Welterbe - Stiftung Oberharzener Wasserwirtschaft und Rammelsberg, danach gemütliches Beisammensein und Gedankenaustausch</i>

### **Dienstag, 14. August 2018**

<i>08:00 Uhr</i>	<i>Frühstück und aus-checken</i>
<i>09:30 Uhr</i>	<i>Dr. Alexander Saipa, Generalsekretär der Niedersachsen-SPD „Eine erfolgreiche Politik für Niedersachsen, was lernen wir daraus für die SPD?“</i>
<i>11:00 Uhr</i>	<i>Lars Klingbeil, Generalsekretär der SPD „Die SPD erneuern, aber wie?“</i>
<i>12:30 Uhr</i>	<i>Mittagessen</i>
<i>13:30 Uhr</i>	<i>Fahrt in die Innenstadt von Goslar zur Kaiserpfalz</i>
<i>14:00 Uhr</i>	
<i>bis ca. 16:00 Uhr :</i>	<i>Führung durch die Altstadt von Goslar bis zur Kaiserpfalz, anschließend Abreise</i>

## Gemeinsame Klausurtagung 2018

Am 13. und 14. August 2018 trafen sich rd. 30 Genossinnen und Genossen der Arbeitsgemeinschaft 60 plus aus dem Bezirk Braunschweig und dem Landesverband Sachsen-Anhalt im Hotel Haus Hessenkopf in Goslar, um gemeinsam die 14. Klausurtagung durchzuführen.

Im Vorfeld war es uns gelungen, namhafte Referenten zu den unterschiedlichen Politikfeldern für diese Veranstaltung zu gewinnen. Aber der Reihe nach:

Nach der Anreise und dem sog. ein-checken wurde gemeinsam zu Mittag gegessen.

Im Haus II war der Raum „Walkenried“ für uns vorbereitet und so konnte Bernd Lange, Mitglied des Europäischen Parlaments, pünktlich mit seinen Ausführungen zu „Europa vor der Wahl“ beginnen, nachdem er vom Braunschweiger Bezirksvorsitzenden Wolfgang Welge sehr herzlich begrüßt worden war. Bernd Lange ist aktueller Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel und stellvertretendes Mitglied im Industrieausschuss.



Die soziale Ausgestaltung der Europäischen Union, eine gerechte wirtschaftliche Entwicklung, die Frage der Sicherheit der europäischen Küsten sowie die globale Verantwortung in der Ausgestaltung von Handelsabkommen waren die politischen Schwerpunkte seiner Ausführungen, wie jetzt beim Handelsabkommen mit Japan. Und was die Kriminalität angeht, machte Lange klar: Kriminalität macht nicht vor Grenzen halt.

Während es bisher im Automobilsektor oft darum ging, konjunkturelle Schwankungen und technologische Entwicklungen zu gestalten, wird die Branche heute mit Herausforderungen grundsätzlicher Natur konfrontiert (Antriebstechnik, Digitalisierung usw.).

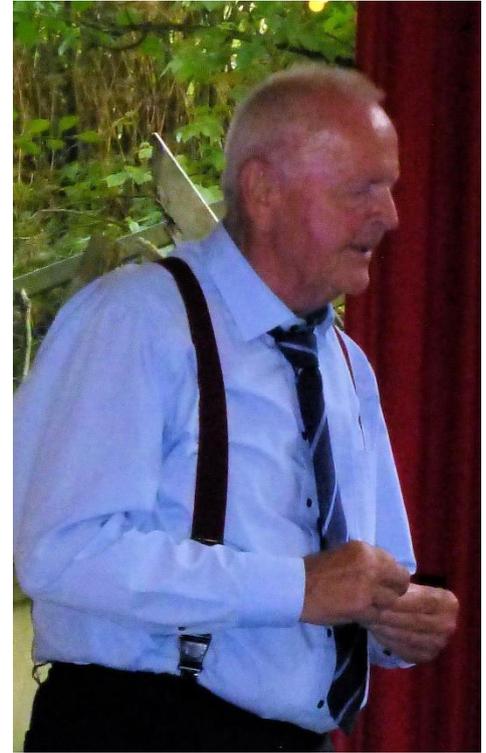
Nach dem Vortrag ergab sich eine angeregte Diskussion, in der Bernd Lange auf sämtliche Diskussionsbeiträge einging. Dabei stellte er noch einmal klar:

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament treten für eine aktive Industriepolitik mit langfristigen und stabilen politischen Rahmenbedingungen sowie mit Investitionen in Forschung und Entwicklung ein. Nur eine integrierte industriepolitische Strategie wird auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen führen.

Standards im Umweltschutz und bei den Arbeitnehmerrechten müssen erhalten bleiben bzw. ausgebaut werden. Das Verhalten der Regierungen von Polen und Ungarn, insbesondere was die Flüchtlingspolitik angeht, wurden massiv kritisiert, auch was die Verbindung zur Bayerischen Landesregierung angeht.

Nach der Kaffeepause stand ein völlig anderes Thema auf der Tagessordnung: Sozialdemokratische Wege aus dem Pflegenotstand. Assessor Josef Albert Dütsch aus Halle an der Saale hatte sich diese schwierige Aufgabe auf die Hörner genommen und konnte aufgrund seiner langjährigen Erfahrung auf diesem Gebiet auf ein fundiertes Wissen zurückgreifen und dieses in seinem Vortrag überbringen. Nach den aktuellen fundierten Untersuchungen fehlen in Deutschland zurzeit rd. 140.000 Pflegekräfte; die allermeisten in der Altenpflege.

*Auf die Frage, was der Pflegenotstand sei und worin er bestehe, verlangte der Referent, sich an die Grundlagen und den Kern der Sozialversicherungen zu erinnern. Ihr Ursprung liegt in den unterschiedlichen Notkassen mit Solidarleistungen für Menschen im Erwerbsleben ohne Einkünfte z.B. wegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Sie sind also ein Solidarsystem zwischen Menschen im Erwerbsleben und denen ohne Einkünfte. Die Frage war immer und bleibt, wer bekommt Leistungen und wer soll sie tragen? In diesem Zusammenhang stellte er heraus, dass es seinerzeit ein Fehler war, den Arbeitgeberanteil „einzufrieren“ und alle Beitragssteigerungen den Arbeitnehmern aufzuerlegen. Auf Betreiben der SPD wird diese Parität jetzt zum 1. Januar 2019 wieder hergestellt.*



*Der Referent ist gegen eine paritätische Bürger-Krankenversicherung und die Pflegevollversicherung. Anders als andere befürchtet er wegen deutlich steigender Leistungen eine Beitragserhöhung für die derzeit gesetzlich Versicherten. Er hält eine Überprüfung der Beitragsbemessungsgrenze für nötig. Auch die Unterschiede der Beitragsgrundlagen zwischen der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung müssen beseitigt werden. Der Bruttoarbeitslohn ist Basis für den Beitrag zur Krankenversicherung, für die Pflegeversicherung werden alle Einkünfte herangezogen. Diese Themen werden aber offensichtlich in der SPD nicht diskutiert. Die Sozialversicherungen sind nach wie vor Kernbestand des Sozialstaates. Die gesetzliche Rentenversicherung ist der bedeutendste Bestandteil der Sozialversicherung. Sie muss deshalb – auch in der Nachhaltigkeit – gestärkt und verteidigt werden. Außerdem beklagte er einen „Wildwuchs“ an Pflegedienstleistern. 2018 wird der Umsatz in der Gesundheitswirtschaft etwa 365 Mrd. € betragen. Davon profitieren auch Betriebe, die die Voraussetzungen nicht erfüllen.*

*Den Ansatz zur Anzahl der Pflegekräfte im Koalitionsvertrag bezeichnete er als „Taschenspielertrick“. Das Personal dafür ist nicht vorhanden. Eine Einigung auf Qualitätskriterien für Krankenhäuser war bisher nicht möglich und qualifizierte Pflegekräfte sind nicht findbar. Die Unterversorgung sei nunmehr dokumentiert. In Krankenhäusern versuche man mit „besonderen Maßnahmen“, den Personalschlüssel zu erfüllen, damit das bisherige Leistungsangebot erhalten werden kann bzw. die Regelsätze Bestand haben. Die Regelungen kämen zu spät, um umgesetzt werden zu können.*

*Der Wegfall des Schulgeldes für die Auszubildenden wird allgemein begrüßt.*

*Eine Ursache des aktuellen Zustandes könnte auch der schlechte Organisationsgrad der Pflegekräfte sein. Insbesondere bei den privaten Trägern scheint Gewinnmaximierung vor Patienteninteresse zu gehen. Das marktwirtschaftliche Verhalten führt zu Personalreduzierung und Leistungseinschränkungen. Renditeerwartungen sind mit 11 – 14 % hoch. Deshalb müssen Leistungsumfang und dessen Finanzierung geregelt werden. Der Referent vermisst dazu sozialdemokratische Ansätze. Eine Lösung muss spätestens in der kommenden Legislaturperiode gefunden werden! Ansonsten wird das System leider zusammenbrechen.*

Die Teilnehmer der Klausur verständigten sich in großer Geschlossenheit darauf, zu diesem dringenden Thema umgehend eine gemeinsame Resolution an die Bundes-AG 60 plus sowie den SPD-Partei Vorstand auf den Weg zu bringen.

Zum Abschluss des ersten Tages stand ein Vortrag der Diplomgeologin Frau Dr. Manuela Armenat von der UNESCO-Welterbe - Stiftung Bergwerk Rammelsberg Altstadt von Goslar und Oberharzer Wasserwirtschaft auf dem Programm.

Das Oberharzer Wasserregal (oder: Oberharzer Wasserwirtschaft) ist ein hauptsächlich im 16. bis 19. Jahrhundert geschaffenes System zur Umleitung und Speicherung von Wasser, das Wasserräder in den Bergwerken des Oberharzer Bergbaus antrieb. Es gilt als das weltweit bedeutendste vorindustrielle Wasserwirtschaftssystem des Bergbaus.

Die zur Erzeugung von Wasserkraft entstandenen Anlagen stehen seit 1978 als Kulturdenkmal unter Denkmalschutz. Am 31. Juli 2010 wurden die Anlagen wegen ihrer Einzigartigkeit und ihres großen Umfanges als Erweiterung der bereits existierenden Welterbestätte „Bergwerk Rammelsberg und Altstadt von Goslar“ vom UNESCO-Welterbekomitee zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt.

Die Anlagen werden zu einem großen Teil weiterhin betrieben, wobei der Zweck überwiegend in der Pflege einer historischen Kulturlandschaft, im Naturschutz, Tourismus und im Badebetrieb besteht. Wasserwirtschaftlich gesehen haben einige Stauteiche noch einen Zweck im Hochwasserschutz und in der Trinkwassergewinnung. Sie erstrecken sich über ein Gebiet von rund 200 Quadratkilometern im niedersächsischen Teil des Harzes, wobei die meisten Bauwerke im Raum Clausthal-Zellerfeld, Hahnenklee, Sankt Andreasberg, Buntenbock, Wildemann, Lautenthal, Schulenberg, Altenau und Torfhaus zu finden sind. Insgesamt wurden 143 Stauteiche, 500 Kilometer Gräben und 30 Kilometer unterirdische Wasserläufe zur Sammlung, Umleitung und Speicherung des Oberflächenwassers angelegt.

Der Oberharz gehörte einst zu den bedeutendsten Metallrevieren Deutschlands. Die Hauptprodukte des Oberharzer Bergbaus waren Silber, Kupfer, Blei und Eisen. Haupteinnahmequelle war das Silber. Ab dem 16. bis Mitte des 19. Jahrhunderts wurden im Mittel etwa 40 - 50% des in ganz Deutschland geförderten Silbers im Oberharz gewonnen.



Danach trafen sich die Teilnehmer in gemeinsamer Runde zu einem gemütlichen Beisammensein und nettem Gedankenaustausch, wobei auch einige Bierchen und auch die eine oder andere Flasche Rotwein verkostet wurden.

Der zweite Tag begann nach dem gemeinsamen Frühstück mit einem Referat des neuen niedersächsischen SPD-Generalsekretärs Dr. Alexander Saipa aus Goslar und seit mehr als zwei Legislaturperioden Mitglied des nds. Landtages. Sein Thema: „Eine erfolgreiche Politik für Niedersachsen, was lernen wir daraus für die SPD.“

Die SPD ist stärkste Fraktion im Niedersächsischen Landtag. Die große Koalition ist zwar nicht von allen gewünscht, aber eine „Ampelkoalition“ ist nicht zustande gekommen. Es gibt zurzeit rd. 60.000 SPD-Mitglieder in

Niedersachsen. Viele Ehrenamtliche sind meist mehrgleisig auch in anderen Organisationen tätig. Es ist die „kommunale Erdung“ noch vorhanden. In den vier starken Bezirksverbänden besteht eine hohe Geschlossenheit. Ministerpräsident Weil hat die Devise ausgegeben: „Wir wollen die Niedersachsenpartei sein, verwurzelt in der Gesellschaft.“ Das klingt banal, ist aber in der Bevölkerung gut angekommen und im Wahlkampf und der Wahl anerkannt worden. Man kümmert sich um Struktur, Leben und Wohnen im ländlichen Raum. Ministerpräsident Weil, der einen großen Anteil am eingefahrenen Landtagswählerfolg hat, ist der mit Abstand beliebteste Politiker in Niedersachsen und gilt als zuverlässiger Landesvater. Auch mit den Ministern Olaf Lies und Boris Pistorius sei man gut aufgestellt. Für die Bevölkerung ist Sicherheit ein wichtiges Thema. Auch wenn die gefühlte Sicherheit oft anders ist, Fakt ist aber, die Wahrscheinlichkeit, in Niedersachsen Kriminalitätsoffer zu werden, ist gesunken.

Die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren erfordert mehr Lehrer. Außerdem gibt es an vielen Schulen einen riesigen Investitionsbedarf. Erfolgreich sei man mit der erreichten Gebührenfreiheit in Kindertagesstätten und Kindergärten. Es sind jedoch noch Investitionen in die Qualität notwendig. Bildung soll aber keine Gebühren kosten. Die Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher sind dringend zu verbessern, ebenso ihre Bezahlung.

Zur Zusammenarbeit mit den Arbeitsgemeinschaften betonte er, dass es wichtig ist, intellektuelle Plattformen zu erhalten und alle Möglichkeiten zu nutzen, besser zueinander zu finden. In der Diskussion wurden die Überalterung der Ortsvereine, der Zugang zu Jugendlichen, die CO<sub>2</sub>-Reduktion und ob Schulrektoren heute auch Führungskräfte wie in Unternehmen sein müssen, besprochen. Jüngeren interessierten Menschen muss ein Nachrücken ermöglicht werden.



Mit großem Applaus wurde dann der SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil begrüßt und willkommen geheißen. In ruhiger und äußerst sachlicher Form stellte er sich zunächst vor, ging auf seine Funktion in der SPD ein und beschrieb die Arbeit der ersten Monate.

Alle glaubten, eine Phase in der Opposition würde uns gut tun. Aber, wenn „Jamaika“ nicht zu Stande kommt, muss eben die ursprüngliche Absicht aufgegeben werden. Wir tragen Mitverantwortung für den Staat. Trotz der großen Koalition müssen wir uns aber grundsätzlich fragen und dann auch deutlich sagen, wofür die Politik der SPD steht. Eine klare Linie muss jedermann deutlich werden. Die SPD ist eine pro-europäische Partei und muss Verantwortung übernehmen. Es geht zum einen um Verteilungsgerechtigkeit. Wachstum - aber bei mir kommt nichts an, empfinden viele Menschen. Und auch bei der ständig zunehmenden Digitalisierung muss die SPD Schutzmacht der sogenannten kleinen Leute sein. Die Daten gehören in Verbraucherhände, nicht Google usw. Der Sozialstaat fängt nicht alle auf. Deshalb ist ein neues Verständnis für den Sozialstaat zu entwickeln. Eine Antwort auf die Frage, wie der Staat der Zukunft aussehen soll, ist erforderlich. Der Rückblick auf die letzten 15 Jahre und der Streit darüber sowie die ständige Selbstkritik führen nicht weiter.

*Langfristig müssen klare sichtbare Ziele formuliert werden. Das betrifft auch die aktuelle Diskussion um höhere Ausgaben für die Verteidigung.*

*In der Diskussion wurde herausgearbeitet, dass wir deutlich sagen müssen, was die SPD geleistet hat. Einige Minister nimmt man aber leider nicht wahr.*

*Aus Befragungsergebnissen wird deutlich, dass die Politik für die Allgemeinheit verständlicher sein muss. Die Sprache ist für die, die nicht ständig in den neuen Medien aktiv sind, zu ändern.*

*Kritisiert wurden grundlos befristete Arbeitsverträge, auch im Öffentlichen Dienst. Genügend Wohnungen und mehr sozialer Wohnungsbau wurden gefordert, auch um der Mietpreisentwicklung entgegen zu wirken. Politiker müssen in ihren Wahlkreisen präsent sein, zuhören können und sich auch gegenüber dem Koalitionspartner profilieren.*

*Mit einer Flasche Rotwein und einem herzlichen Dank und den besten Wünschen für seine Arbeit wurde der SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil verabschiedet.*

*Dem Braunschweiger AG 60 plus-Vorsitzenden Wolfgang Welge gab er das Versprechen ab, sich im Willy-Brandt-Haus in Berlin für die Stärkung der SPD-Arbeitsgemeinschaften einzusetzen.*

*Alle Referenten einschließlich Frau Dr. Armenat wurden mit einem herzlichen Dank und einem Geschenk verabschiedet.*



*Nach einem gemeinsamen Mittagessen im Hotel Hessenkopf endete die Klausurtagung mit einem rund zweistündigen Stadtrundgang durch die Goslarer Altstadt und der Besichtigung der Kaiserpfalz.*

## Teilnehmerliste

### UB Gifhorn

*Ursula Heimann, Am Goldenen Berge 6, Gifhorn*

*Wolfgang Korsch, Mittelstr. 9, Calberlah*

*Uwe Kunkel, Rosenweg 10, Calberlah*

*Rainer Knop, Alte Mühle 8, Sassenburg*

*Renate Knop, Alte Mühle 8, Sassenburg*

### UB Goslar

*Volker Taube, Schützenstr. 33, Clausthal-Zellerfeld*

*Rainer Langwald, Am Horn 7, Bad Harzburg*

### UB Helmstedt

*Christian Berger, Pippinstr. 2, Schöningen*

### UB Peine

*Hans-Hermann Deter, In den Vorlingen 22, Vechelde*

*Wilhelm Ebermann, Am Heerhaus 7, Wendeburg*

*Margot Hoffmann, Koplinger Tor 19, Ilsede*

*Christiane Jahnke, Leibnizstr. 1, Peine*

*Hilde Möller, Horstweg 39, Peine*

*Manfred Rettig, Weißdornstr. 16, Peine*

*Wolfgang Welge, Waterkamp 21, Edemissen*

### UB Salzgitter

*Elke Streckfuß, Friedrich-Ebert-Str. 6 A, Salzgitter*

### UB Wolfsburg

*Barbara Fliegner-Lühr, Fuchsweg 23, Wolfsburg*

*Ingrid Schaller, Merseburger Ring 25, Wolfsburg*

*Jürgen Schaller, Merseburger Ring 25, Wolfsburg*

*Angelika Stalhut, Katzenkamp 17, Wolfsburg*

*Walter Stalhut, Katzenkamp 17, Wolfsburg*

### Landesverband Sachsen-Anhalt

*Josef Albert Dütsch, Herweghstr. 5, Halle*

*Peter Liepack, Bussardweg 14, Lutherstadt Wittenberg*

*Angelika Logsch, Wilhelm-Külz-Str. 7, Halberstadt*

*Bruno Logsch, Wilhelm-Külz-Str. 7, Halberstadt*

*Doris Rauschning, Am Reiterhof 6, Lutherstadt Wittenberg*

*Reinhard Rauschning, Am Reiterhof 6, Lutherstadt Wittenberg*

*Christine Riss, Märzberg 4, Lutherstadt Eisleben*

*Wilfried Riss, Märzberg 4, Lutherstadt Eisleben*